

GÖTTINGER BLÄTTER

01.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Weichenstellung: „Wir sind eine Steuersenkungspartei!“

Regelmäßig geht es so: Alle möglichen Gebühren und Eintrittspreise werden für alle Menschen in gleichem Maße erhöht. So hat am 16. Dezember eine Mehrheit des Göttinger Stadtrats wieder einmal einer Erhöhung der Busfahrpreise zugestimmt. Was hätte es die Stadt gekostet, wenn die Erhöhung des Fahrpreises für Einzelfahrten von 2,20 auf 2,30 Euro sowie die Verteuerung der Mehrfahrtenkarte von 1,70 auf 1,81 pro Fahrt und des Monatstickets von 50 auf 52,50 Euro nicht beschlossen worden wäre? Waren diese Preiserhöhungen wirklich unvermeidbar? Dazu teilte ein Mitglied des Aufsichtsrats der Göttinger Verkehrsbetriebe (GöVB) Folgendes in der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses mit: Alle diese Preiserhöhungen hätten durch 320.000 Euro mehr an Subventionen pro Jahr vermieden werden können. Es war ihm klar, dass die Fahrgastzahlen aufgrund der Preiserhöhungen erst einmal stark sinken würden. Wenn es beabsichtigt wäre, dass möglichst der gesamte Verkehr mit Hilfe von Bussen (oder Fahrrädern) statt mit Autos vonstatten geht, würde man anders handeln.

Die Entscheidung, den Fahrpreis zu erhöhen, entspricht einer weit verbreiteten, aber deswegen nicht unbedingt klugen groben Linie:

Kleine und mittlere Einkommen belasten, damit die großen und vor allem größten nicht etwa stärker belangt werden müssen. Kosten werden auf die Allgemeinheit abgewälzt, statt dass der monströse Reichtum in immer weniger Händen wirkungsvoll besteuert wird und so alle notwendigen Leistungen ausreichend aus Zuweisungen des Bundes subventioniert werden können. Durch Preiserhöhungen werden sozial und ökologisch verträgliche Entwicklungen massiv behindert. Das wird durch alle Fraktionen in Kauf genommen, die sich an Mehrheitsentscheidungen in dieser Richtung beteiligen.

Die Fraktion der Göttinger Linken hat am 16. Dezember im Stadtrat selbstverständlich gegen den Wirtschaftsplan gestimmt, der die Erhöhungen beinhaltet.

Wir haben uns damit ganz im Sinne der einzigen linken Kraft im Bundestag verhalten:

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Steuersenkung	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke	11
Forts. Steuersenkung	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2017
ist der 20. Januar.
Auslieferung am 26. Januar.

Seit Jahren fordert DIE LINKE, dass Reichtum deutlich höher besteuert werden soll. Der Göttinger Kreisverband der LINKEN hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass aber auch geringe und mittlere Einkommen niedriger besteuert werden und hat daher auf den Beschluss des Bundesparteitags 2015 für die Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns hingearbeitet. In seinem neuesten Text schwenkt der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN im Bundestag, Michael Schlecht, nun darauf ein. (Siehe S. 12)

Edgar Schu



Veranstaltungshinweis:

**Die EU in Zeiten des Rechts-
populismus – Linke Antworten
auf rechte Fragen**

Ort: Arbeit und Leben | Lange
Geismarstr. 72-73 | 20.01.2017 |
19:00 Uhr

Siehe Seite 8



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Veranstaltungen:

Kolonialschule Witzenhausen: Kontinuitätslinien von Kolo- nialismus, Rassismus, Völker- mord zum Nationalsozialis- mus

Donnerstag, 26. Januar 2017, 19 Uhr
**Foyer Felix-Klein-Gymnasium, Böttin-
gerstraße 17, Göttingen**

Vortrag von Roland Laich, NS-Familien-
Geschichte: hinterfragen – erforschen
– aufklären e.V., Göttingen

Veranstaltet vom DGB-Kreisverband
Göttingen

In Witzenhausen wurde 1898 die „Deut-
sche Kolonialschule“ als zentrale land-
wirtschaftliche Ausbildungsstätte für
deutsche Kolonien gegründet. Bereits
ihre Gründungsidee fußte auf Rassis-
mus und „Herrenmenschen“-Ideologie.
Der Vortrag zur Geschichte der Kolo-
nialschule Witzenhausen beleuchtet
die Entwicklung expansiv-imperialer
Ansätze für deutsche „Schutzgebiete“
hin zu völkisch-rassistischen Grundla-
gen für die Eroberung, Vernichtung und
Neubesiedlung in Osteuropa während
des Nationalsozialismus („General-
plan Ost“). Kolonialschüler beteiligten
sich später am Völkermord an Herero
und Nama. Fanatischer Antisemitismus
unter Schülern und Lehrenden machte
die Schule zur regionalen Keimzelle des
aufkommenden Nationalsozialismus.
Bereits 1931 kam es zu einem antise-
mitischen Pogrom, als Kolonialschüler
ein Lager des jüdischen Wanderbundes
Brith Haolim angriffen. Einen Tag vor den
reichsweiten Pogromen 1938 wurde die
Witzenhäuser Synagoge erst geplündert,
später niedergebrannt.

Der vergessene Holocaust — ein Zeitzeugenbericht aus Odessa mit Dr. Alexander Schissel

Freitag, 27. Januar 2017, 19.30 Uhr
Altes Rathaus, Markt 9, Göttingen

Veranstaltet von Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste e.V. (Regionalgruppe
Süd-niedersachsen)

Vortrag in russischer Sprache mit deut-
scher Übersetzung

Veranstaltet vom Bündnis Gedenken an
die Opfer des Nationalsozialismus — 27.
Januar

Als jüdisches Waisenkind im Ghetto, im
Gefängnis, in der Strafkolonie, ein „Trauer-
marsch“ durch verschiedene Lager, wie er
es selbst nennt. Das sind die Stationen un-
seres diesjährigen Zeitzeugen aus Odessa,
der in Göttingen lebt und seine Geschichte
eindrucksvoll zu erzählen weiß. Damit be-
kommt das Kapitel über den vergessenen
Holocaust in Südosteuropa noch einmal
ein persönliches Gesicht, in dem sich das
Leiden und die Vernichtung der vielen
Jüdinnen und Juden aus der Ukraine, der
Bukowina und Transnistrien widerspiegelt.
Es ist ein Kapitel gegen das Vergessen und
widmet sich der Wahrnehmung eines oft
unbekannten Teils des Vernichtungskrieges
gegen die damalige Sowjetunion.
Die Gedenkstunde wird musikalisch be-
gleitet.

Ausstellung „Homestory Deutschland — Schwarze Biografien in Geschichte und Gegenwart“

**Samstag, 14. Januar bis Freitag, 3. Feb-
ruar 2017, Foyer Felix-Klein-Gymnasi-
um, Böttingerstr. 17, Göttingen**

Öffnungszeiten werktags: 16. - 20. Januar
und 23. - 27. Januar: 8 - 19 Uhr
sowie Sonntag, 15. Januar und Samstag,
21. Januar: 10 - 16 Uhr

Veranstaltet von DGB, DGB-Jugend und
femko

Die Ausstellung zeigt auf interaktive Weise
27 Porträts und Biografien von Schwar-
zen Menschen aus drei Jahrhunderten.
Sie bricht mit der geschichtlichen Kon-
struktion Deutschlands als homogener
weißer und christlicher Gesellschaft. Ein
Aspekt des dabei entstandenen kollek-
tiven Selbstportraits ist die Geschichte
der Verfolgung Schwarzer Menschen im
Nationalsozialismus. Darüber hinaus gibt
die Ausstellung einen Einblick, wie sich
gesellschaftliche Rahmenbedingungen in

einzelne Lebensgeschichten einschrei-
ben und wie Schwarze AkteurInnen zu
unterschiedlichen Zeiten damit umge-
gangen sind. Deutlich werden hier die oft
mühsamen Auseinandersetzungen mit
der weißen Mehrheitsgesellschaft.

Anmeldung von Schulklassen/Gruppen
im DGB-Büro Göttingen:

goettingen@dgb.

„Nur wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ - Umkämpfte Kolonial(re)visionen in der Weimarer Republik

Freitag, 20. Januar 2017, 19 Uhr
**Foyer Felix-Klein-Gymnasium, Böttin-
gerstr. 17, Göttingen**

Vortrag von Dr. des. Susanne Heyn,
Historikerin und Gewerkschafterin aus
Hannover

Veranstaltet vom DGB-Kreisverband
Göttingen

Mit dem Ersten Weltkrieg fand auch das
Deutsche Kolonialreich sein Ende, kolo-
niale Denkweisen und Aktivitäten gab es
aber weiterhin. Dafür engagierten sich
vor allem Kolonialverbände, die die junge
Generation als Projektionsfläche für ei-
gene Forderungen nach Kolonialrevision
betrachteten. Inwiefern gelang es diesen
Akteuren, ihre Hoffnungen und Wünsche
an die nächste Generation weiterzu-
geben und wie reagierte diese darauf?
Inwieweit kam es in diesem Prozess zur
Transformation kolonialer Visionen, die
Annäherungen an nationalsozialistische
Vorstellungen zuließen, oder zu Brüchen,
da junge Akteure auch kolonialkritische
Ideen verfolgten? Diesen Fragen widmet
sich der Vortrag und wirft dabei zugleich
einen Blick auf die Vorstellungswelten von
Nachkommen deutscher Siedlerfamilien
aus dem damaligen Südwestafrika (dem
heutigen Namibia).

Weitere aktuelle Veranstaltungstermine des
Gedenkbündnisses unter:

[www.gedenken-an-die-opfer-des-
nationalsozialismus.de](http://www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de)

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 13. Dezember, 20:00 im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Fidel wird in uns Gestalt annehmen

Wenn ich heute versuchte zu lokalisieren, wann Fidel in diese Geschichte eintrat, gelingt es mir nicht. Er ist darin, seit ich denken kann: Auf der Plaza, während ich auf den Schultern meines Vaters saß, im Fernsehapparat im Wohnzimmer, wenn er sich in meine Abenteuerfilme drängte, in der Schule und im Viertel

Ich kann mich an keinen Tag ohne Lächeln in Kuba erinnern. Ich war ein Kind, als es in den 90er Jahren kaum ein paar Stunden Elektrizität am Tag gab, als das Essen fehlte und die Kleidung und vieles mehr. In den Nächten ohne Strom unterhielt ich mich mit Histörchen der Familie meiner Mutter oder ihren freien Versionen der klassischen Märchen. Und wenn die Hitze einfach nicht mehr zu ertragen war, ging ich raus, um Verstecken zu spielen und Jagd auf Glühwürmchen zu machen. [...]

Aber was ich aus jener Epoche besser in Erinnerung habe, sind die Geschichten und Witze, wie der, in dem Fidel zusammen mit Jelzin und Clinton in den Himmel kommt ... oder als Pepito ihm das Leben rettet und dafür einen Wunsch frei hat. Man lernte sich zu identifizieren, wenn man von ihm sprach, entweder mit einer Gebärde zum Kinn oder mit einem seiner tausend Spitznamen wie z.B. „Das Pferd“.

Später wurde ich dann mehr als einmal abgestempelt. Im Nicaragua fragte man mich, ob ich Kubaner aus Miami oder von Fidel sei und nicht immer gefiel den Fragern meine Antwort. Mit 10 war ich schon radikal. Die Sache begann, als ich Kinder am Straßenrand betteln sah und einige Ärzte von Versicherungen oder Bargeld reden hörte, bevor sie mir den Kopf nähten. Damals hatte sich unser Auto zweimal überschlagen, ehe es an einem Hang des Vulkans Masaya in über 900 m Höhe zum Stillstand kam. Das Paar aus Panama, das uns half, beschloss, zuerst nur mich mitzunehmen und meine Eltern zurückzulassen. Nie habe ich mich einsamer und ärmer gefühlt. [...]

Die erste Rede Fidels, aus der ich bewusst zitieren kann, ist jene vom 11. September 2001. Ich war zwölf Jahre alt und gerade beim Friseur, als jemand mit der Nachricht hereinplatzte: „Die Iraker haben die USA angegriffen.“ Heute denke ich, dass das Bush sehr zupass kam, aber die Situation war komplizierter. Ich rannte nach Hause und das kubanische Fernsehen übertrug die Bilder von CNN direkt, als der erste und Minuten später der zweite der Türme des World Trade Centers in sich zusammenstürzten.

An jenem sich in den Abend ausdehnenden Nachmittag weihte er in der Nähe unseres Viertels die Salvador Allende Schule ein und er sagte etwas, das ich nie vergessen habe: Man kann den Terrorismus nicht mit noch mehr Terrorismus bekämpfen. Nun könnte man zwar nicht behaupten, dass dieser Ausspruch an seine brilliantesten heranreicht, aber es ist die erste von vielen Analysen, die ich anfang, auf eigene Rechnung aufzubewahren und in eine lange Liste von Vorschlägen einzugliedern, die sich mit der Zeit als zutreffend erweisen sollten.

Ich bin spät zu Fidel gekommen. Ich fing 2006 an zu studieren, in dem Jahr, als er seine Amtsgeschäfte aus Gesundheitsgründen aufgeben musste. Ich las alle seine Reflexionen und fing an, seine Bücher zu sammeln einschließlich derer, in denen Reden aus verschiedenen Epochen gesammelt sind. Auf diese Weise habe ich mich viele Stunden mit dem Staatsmann, dem Politiker, dem Strategen und dem Menschen dahinter befasst.

Ich kam auch spät zur Granma, wo die alten Journalisten erzählten, wie Fidel sich zu ihnen gesetzt habe, um einige der wichtigsten Entscheidungen für das Land zu treffen und dass er Leitartikel in seiner eigenen Schreibe verfasst habe.

Ich sah ihn von weitem auf der Freitreppe der Universität von Havanna und auf dem 7. Parteitag, als er mit schmerzlicher Treffsicherheit prognostizierte, dass dies wohl das letzte Mal sei, dass er vor uns sprechen werde.

Wenn das Leben mich alt werden lässt, werde ich sagen können, dass ich einmal in der Epoche Fidel Castros gelebt und viele Male mit ihm diskutiert habe, obwohl ich als Beweis nur meine Bücher vorzeigen kann.

Fidel Castro

**„Wenn ein Großer von uns geht,
blicken wir unwillkürlich zurück –
auf das, was wir
Geschichte nennen, und auf
unser eigenes kleines Leben.“**

Ilja Ehrenburg

**Wir trauern um einen
großen Revolutionär und Freund**

Regionalgruppe Göttingen der
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Kuba erwachte am vergangenen 26. November zum ersten Mal seit 90 Jahren ohne ihn. Es war ein grauer Morgen. Die Menschen bewegten sich langsam und schweigend. Sie redeten nicht miteinander. Vielleicht würden sie Zeit brauchen, möglicherweise Jahre, bevor sie aufhörten, die Nachricht von seinem Tod zu lesen, und während die ganze Welt darüber redete, zogen sie es vor, den Mund zu halten, zumindest für den Augenblick.

(...) weiter auf Seite 12

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► E-Mobilität – der Ausweg aus der Krise?

Elektroautos sind der Renner. Zumindest in der Diskussion über die Zukunft der Branche. Seit dem Auffliegen der Betrugssoftware ist die Mär von der modernen und vor allem „sauberen“ Dieselsechologie geplatzt. Da musste schleunigst umgeschaltet werden. Und damit rückten die Elektroautos, die jahrelang bei den deutschen Autobauern einen Dornröschenschlaf hielten, plötzlich in den Mittelpunkt. Alle Autokonzerne planen inzwischen für 2025 mindestens 20 - 25 % ihrer Produkte als E-Mobile, VW will laut Diess bis dahin sogar die „Weltmarktführerschaft bei E-Autos“. Dafür und um die Strafen in den USA zu finanzieren, soll die Belegschaft durch Stellenabbau kräftig zur Ader gelassen werden.

Allerdings: In den Hochglanz-Broschüren der Konzerne kommen die ungelösten Fragen bei diesem massiven Ausbau der E-Auto-Flotte, wenn überhaupt, nur am Rand vor. Als erstes muss hier der Slogan „null Emissionen“ hinterfragt werden. Denn die Emissionen entstehen zwar nicht beim Fahren, aber die Energie muss vorher in die Batterien geladen werden. Und dazu braucht man Strom aus dem Netz, dessen Erzeugung alles andere als emissionsfrei ist. Und das Gegenargument, man lade das Auto ja nur mit Ökostrom, ist eine Milchmädchenrechnung. Denn der grüne Strom fehlt dann



Akkuzellen des Nissan Leaf

Bildquelle: Von Gereon Meyer - Eigenes Werk, GFDL, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=12247537>

irgendwo anders. Um die vielen neuen E-Autos klimaneutral zu laden, müsste der Ausbau der erneuerbarer Energien massiv in Angriff genommen werden. Die letzte Novellierung des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) geht in die andere Richtung. Ein zusätzliche Problem ist das Gewicht der Batterien, die pro kg ca 50 mal weniger Energie speichern als Benzin oder Diesel (heutiger Stand). Entsprechend mehr Batteriegewicht ist erforderlich, um eine - noch immer eher geringe - Reichweite zu erreichen.

Die Energie ist nicht das einzige Problem der E-Auto-Batterien. Hinzu kommt der Bedarf vieler seltener Rohstoffe. An erster Stelle Lithium und Kobalt, aber auch Terbium, Neodym, Dysprosium und weiterer Verbindungen mit klingendem Namen. Das Vorkommen der meisten dieser Rohstoffe ist global eng begrenzt, was bei Realisierung der oben angesprochenen Ausbauplänen schnell zum Problem werden wird. Dazu kommt, dass diese Rohstoffe oft mit erheblichen negativen Umweltauswirkungen gefördert werden. Z.B. Kobalt: für 10 Millionen E-Auto-Batterien (15% der derzeitigen jährlichen Welt-Autoproduktion) bräuchte man knapp 50 % der jährlichen Welt-Kobalt-Produktion. Die kommt vor allem aus dem Kongo (Coltan) und wird unter skandalösen Bedingungen mit massiver Kinderarbeit gefördert.

Ein weiterer Knackpunkt ist neben dem hohen Preis besonders die unzureichende Infrastruktur an Ladesäulen. Um den gewünschten Millionen neuen E-Auto-Kunden die „Reichweitenangst“ zu nehmen, haben die Hersteller kürzlich angekündigt, einige Hundert Millionen Euro in ein Schnellladenetz zu investieren. Auch die Bundesregierung will hunderte Millionen locker machen, damit an allen bewirtschafteten Rastplätzen zwei Schnellladepunkte entstehen. Das ist erstens ein technisches Problem: um die Autos in wenigen Minuten zu laden, muss der Bedarf für 100 Einfamilienhäuser in kurzer Zeit aus dem Kabel kommen. Die Stecker werden dabei so warm, dass

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 03. Januar, 20:00 Uhr

Filmabend der DKP Göttingen

MV Dienstag, 17. Januar, 20:00 Uhr

Wen wollen wir in der DKP aufnehmen? (Gunnar S.)

MV Dienstag, 31. Januar, 20:00 Uhr

Antifa-Politik der DKP Göttingen (Referent: Toto Lyna)

Kühlsysteme eingebaut werden müssen. Und zweitens nicht gerade billig: 100 000 bis 150 000 Euro kosten laut ABB oder Siemens jede dieser Hochleistungs-Zapfsäulen. Wer soll's bezahlen?

Viele Fragen, bisher wenig Antworten. Wir Kommunisten meinen: Die Förderung einer ökologischen Mobilität darf sich nicht allein an dem von der Autolobby erzeugten Elektroauto-Hype, inzwischen ergänzt um die Vernetzung der PKW mit dem Internet und dem autonomen Fahren, orientieren. Nötig ist ein gesamtgesellschaftlicher Rahmenplan für eine ökologische, soziale und sichere Mobilität. Dafür braucht es den Ausbau und die Vernetzung bestehender Verkehrsträger und -Systeme sowie neuer. Darin haben dann auch E-Autos einen Platz. So zeugt es nicht gerade von unternehmerischer Weitsicht, dass VW z.B. seinem ehemaligen Großkunden Deutsche Post keine E-Autos anbieten konnte. Und die Forschungen zum autonomen Fahren könnten z.B. im Hinblick auf die verheerenden LKW-Unfälle großen Nutzen haben. Gefördert werden sollte ein „Umbau“ der Automobilindustrie, bei dem nicht ausschließlich der Profit der Autokonzerne zählt und wieder einmal die Beschäftigten die Zeche zahlen müssen. Dafür wäre aber sehr viel mehr Einmischung und Druck von unten nötig

(Alfred Hartung)

Vorabdruck aus: Roter Käfer

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Ratsantrag der Göttinger Linken:

► Für Busanbindung der Geflüchteten auf der Siekhöhe in Grone

Immer noch leben über hundert Geflüchtete, darunter zahlreiche Kinder, in der Lagerhalle auf der Siekhöhe am Rande des Stadtteils Grone, abgelegen im Industriegebiet. Diese Art der Unterbringung – ohne Zimmerdecken mit der dementsprechenden Lärmproblematik, zentrales Licht an und ausschalten, keine Kochmöglichkeiten, etc. – sollte eigentlich ein Notbehelf sein. Nun gibt es in anderen Unterkünften durchaus Kapazitäten, so z.B. in der Großen Breite in Weende, wo es eine gute Infrastruktur für Geflüchtete gibt und eine sehr gute Verkehrsanbindung.

Auch die Sanierung und Belegung der leeren Wohnungen der Westgrund AG kommt nicht wirklich in die Gänge, wie sich in der Nachbarschaft leider beobachten lässt.

Alles höchst ärgerlich und natürlich darf man nicht aufhören zu fordern, dass die unsägliche Hallenunterbringung endlich zugunsten besserer Alternativen aufgegeben wird. Aber solange dort Menschen leben müssen, engagiert sich die Groner Bürgerinitiative Antifaschismus für deren Belange. So wird neben dem monatlichen Flüchtlingskino regelmäßig Kinderbetreuung angeboten, wohl wissend, dass gerade die Familien dringend in die leeren Wohnungen umziehen müssten. Aber es leben dort viele Geflüchtete mit sogenannter „schlechten Bleibeperspektive“, und solche MieterInnen sind für die Vermieter nicht attraktiv. Diese 2-Klassen-Behandlung von Geflüchteten zieht sich durch alle Angebote und Akteure der Integration und ist ein Thema für sich.

Ein großes Problem ist neben den Lebensbedingungen in der Unterkunft die abgelegene Lage. Die nächste Bushaltestelle ist ca. 1 km entfernt, was auch für die Beschäftigten des Roten Kreuzes, die Ehrenamtlichen und die MitarbeiterInnen der übrigen Betriebe vor Ort ein weiter Weg ist. Besonders jetzt im Winter, wo Fahrrad fahren oder zu Fuß gehen nicht immer und nicht jeder/m möglich ist.

Deshalb wurde aus der Stadtteilarbeit heraus ein Ratsantrag der Fraktion der Göttinger Linken entwickelt und in die Ratssitzung am 16.12. eingebracht:

„Der Rat möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Göttinger Verkehrsbetrieben dafür Sorge zu tragen, dass unverzüglich eine direkte Busanbindung für die Flüchtlingsunterkunft Siekhöhe/Anna-Vandenhoeck-Ring geschaffen wird. Dem Umwelt- und Verkehrsausschuss sollte möglichst in seiner Sitzung am 24.01. ein Plan vorgelegt werden, welche Linie die Haltestelle in welcher Taktung bedienen kann.“

In der Begründung zu dem Antrag und dem Redebeitrag des einbringenden Ratsmitglied Edgar Schu wird die grundlegende Kritik an der Unterkunft betont.

Aber: Auch wenn die Siekhöhenhalle nur als Vorhalt erträglich ist, für den Fall, dass der Platz in den anderen näher an Wohngebieten gelegenen Unterkünften nicht mehr ausreichen sollte: Solange dort Menschen wohnen, ist eine Anbindung an das Busliniennetz dringend notwendig.

Zumal auf der Siekhöhe auch Menschen dauerhaft arbeiten und es im Sinne der Klima- und Verkehrspolitik höchste Zeit wäre, diesen einen Arbeitsweg ohne Auto zu ermöglichen. Das Ratsmitglied Edgar Schu hat sich die Mühe gemacht, mit Beschäftigten vor Ort über diese Problematik zu sprechen und Zustimmung zu der Forderung einer Bushaltestelle erfahren.

Die Argumente für eine Bushaltestelle liegen also auf der Hand und müssten jedem einleuchten, der sich ebenfalls mal die Mühe macht, sich die Gegebenheiten und Entfernungen vor Ort anzusehen und abzulaufen. Leider finden die Diskussionen im Rat ja zunächst am fernen grünen Tisch statt und die dortigen DiskutantInnen sind selten ortskundig, was den Stadtteil Grone und die Umgebung

anbelangt. Daher gab es für den Antrag tatsächlich Gegenwind.

Haarspalterei wurde betrieben bezüglich der genauen Entfernung zur nächstgelegenen Bushaltestelle an der Kasseler Landstraße. Ob es nun mehr als 500 m wären oder weniger, was wohl als akzeptabel gilt.

Die abgelegene Lage, die Wege im Dunklen, die Situation der Geflüchteten und die Anliegen der Beschäftigten – das alles muss nun erneut im Umwelt- und Verkehrsausschuss diskutiert werden, wohin der Antrag überwiesen wurde. Die ersten Reaktionen insbesondere der SPD auf diese doch sehr bescheidene Forderung zur Verbesserung der schwierigen Lage auf der Siekhöhe sind jedenfalls beschämend genug.



Filmfreunde Grone

20. Januar 2017

Der 100-jährige

17. Februar

Frauenrechtlerinnen – tun statt reden

03. März

special: M. Luther

17. März

Pauls letzter Marathon

in der Jona Gemeinde

(Eingang gegenüber Nachbarschaftszentrum)

ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr

Eintritt 1 Euro (für Verzehrbon)

Es werden Speisen und Getränke angeboten

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Aufstellungsversammlung für einen Direktkandidaten für den Wahlkreis 53 Göttingen zur Bundestagswahl mit anschließender KMV

am **Dienstag, 17. Januar 2017, 19.00 Uhr** bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Wahl einer Versammlungsleitung
5. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
6. Wahl einer Wahlkommission
7. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
8. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
9. Vorstellung der Kandidat*innen (Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
10. Wahl der Kandidatin/ des Kandidaten
11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der Wahlkreis 53 umfasst laut Bundeswahlgesetz vom 3. Mai 2016 den gesamten damaligen Landkreis Göttingen sowie im damaligen Landkreis Osterode die Städte Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Herzberg.

Wahlberechtigt sind diejenigen Parteimitglieder, die ihren Erstwohnsitz im Wahlkreis haben und wahlberechtigt für die Wahl zum Bundestag sind.

anschließend Kreismitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss über Tagesordnung, Sitzungsleitung, Protokoll
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission für die KSR-Nachwahl
3. Nachwahl zum KSR
4. Aussprache zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl am 28. Januar
5. Vorbereitung Landesparteitag am 4./5. März
6. Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Kein Treffen im Januar

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Der nächste Termin für eine OMV steht noch nicht fest, wird aber rechtzeitig auf der facebook-Seite des OV angekündigt.

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Terminseite) erfragen.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mittwoch, 11. Januar, 18.00, Dransfeld, Tulpenweg 2 a, Keller:

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Montag, 16. Januar, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail:SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann

ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 2 - Dezember 2016

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die Kreistagssitzung am 8.12.2016 wird denjenigen, die anwesend waren, sicher in Erinnerung bleiben. Dazu tragen nicht nur die Wortbeiträge der Abgeordneten bei, sondern auch die Zusammensetzung des Publikums. Während das linke Spektrum kaum präsent war, war die Gegenseite deutlich sichtbar vertreten. Fast konnte man das Gefühl bekommen, es sei eine Art „Saalschutz“ anwesend. Aber ganz so schlimm wie 1933 war es diesmal noch nicht.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 11 – Resolution gegen Bedrohung von Mitgliedern des Kreistages

Beim Blick in die Berichterstattung der Lokalpresse könnte man meinen, dieser TOP habe in der Kreistagssitzung nur wenig Raum eingenommen. Es war aber in Wirklichkeit das Kernstück der Debatte, ausgelöst durch einen Antrag der Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI, eine Resolution gegen rechte Gewaltandrohungen zu verabschieden.

Hintergrund ist ein Ereignis am 12. November, als nach einer Kundgebung des Nazi-„Freundeskreises“ in Duderstadt einige der Teilnehmer weiter nach Göttingen gefahren sind. Mit einem Megafon sind vor dem Wohnhaus der Familie Ramaswamy Aussagen wie „ wir kriegen euch alle“ gemacht worden. Im März dieses Jahres wurde die Familie Ramaswamy bereits in ähnlicher Weise bedroht. Zudem haben Neonazis am 12.11.2016 auf dem Albani-Platz Jugendliche angegriffen und verletzt.

Zum Antrag unserer Gruppe gab es einen Gegenvorschlag, der als „interfraktioneller Antrag“ eingebracht wurde. Beteiligte waren dabei nicht nur SPD, CDU und Grüne. Auch die „AfD“ wurde mit ins Boot geholt. Eine kritische Distanz der sich selbst gern als „links“ gebärenden Grünen oder der SPD gegenüber der „AfD“ ist also nicht vorhanden, es wird vielmehr gemeinsame Sache gemacht.

In dem peinlichen „interfraktionellen“ Vorschlag war von den Ereignissen des 12. November dann überhaupt keine Rede mehr. Vielmehr wurde die klassische gutbürgerliche Leier vom politischen „Extremismus“ abgspult, wo Rechte und Linke gleichgesetzt werden.

Unsere Gruppe hielt ihren eigenen Antrag aufrecht, der von Rieke Wolters (Die PARTEI) eingebracht und begründet wurde. CDU-Noack verließ mit der Bemerkung „Das höre ich mir nicht an“ für diese Zeit den Saal. In den Redebeiträgen von SPD und Grünen wurde dann zwar ein gewisses Verständnis für unsere Sicht geäußert, dennoch wurde eisern an der „interfraktionellen“ Wischiwaschi-Variante festgehalten, da diese „umfassender“ sei. Ebenso wurde die Einbindung der „AfD“ verteidigt, obwohl Eckhard Fascher und Hans-Georg Schwedhelm nochmal die völlig unterschiedlichen Intentionen beider Anträge deutlich machten.

In der Abstimmung waren sich dann auch, bis auf unsere Gruppe versteht sich, alle einig. Selbst der Abgeordnete Göthel, der auf der „AfD“-Liste in den Kreistag gewählt wurde und dem Neonazi-Feindeskreis-Spektrum zuzurechnen ist, zeigte sich zufrieden und stimmte mit der SPD/Grünen/AfD/usw.-Front.

Für uns ist die Debatte damit nur im Kreistag beendet, für den dies der schwärzeste Tag seit Jahren war.

TOP 7 – Geschäftsordnung für den Kreistag

Die Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI hatte eine Vielzahl von Änderungen der GO beantragt, um die Rechte der Abgeordneten zu stärken und mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Beispielsweise sollte es Bürger*innen ermöglicht werden, nicht nur Fragen zu stellen, sondern auch Stellungnahmen abzugeben und dies nicht nur im Anschluss an die Sitzung oder in einer Unterbrechung, sondern dann, wenn es wirklich passend ist. Außerdem sollte es Abgeordneten ermöglicht werden, mündliche Anfragen zu stellen und sich in allen Fachausschusssitzungen äußern zu dürfen.

Zu diesem Antrag hielt die Verwaltung es nötig, bereits vor der Beratung eine Stellungnahme abzugeben, in der praktisch alle Anregungen als undurchführbar dargestellt wurden. Die Abgeordneten der anderen Fraktionen gaben entsprechende Stellungnahmen ab. Grünen-Fraktionschef Worbes kam gar wieder mit dem abgedroschenen Vorwurf, es handle sich um „linken Populismus“, um anschließend ohne Sachargumente weiterzureden. Sein SPD-Kollege Dierkes äußerte zum Thema Bürgerfragen, die Leute sollten die Abgeordneten doch in ihren Dörfern ansprechen.

Die Frage von Mohan Ramaswamy, wovon die anderen eigentlich Angst hätten, blieb nach der Debatte im Raum stehen, unsere Vorschläge wurden von der Mehrheitsgruppe, wie von ihren neuen Freunden bis ganz rechts, abgelehnt.

TOP 18 – Besetzung der Planstelle der Kreisrätin / des Kreisrates

Vorgeschlagen wurde die bisherige Samtgemeindebürgermeisterin von Gieboldehausen, und frühere Kämmerin des Kreises Marlies Dornieden, CDU. Dies hatten die neoliberalen Parteien so ausgekungelt. Unsere Gruppe sah keinen Grund, bei dieser „Wahl“ zuzustimmen. Da die fachliche Qualifikation der Bewerberin jedoch hervorragend ist, haben wir uns enthalten.

TOP 22 – Jahresabschluss 2015 der Volkshochschule

Unter diesem TOP wurden die Vorwürfe gegen den früheren Geschäftsführer thematisiert. Eine Anfrage, die wir dazu gestellt hatten, wurde im nichtöffentlichen Teil beantwortet, die Qualität der Antwort spottet jeder Beschreibung. Vorgeworfen wurde dem Geschäftsführer die Veruntreuung von Geschäftsvermögen.

TOP 34 - Jagdsteuer

Obwohl ihr Aufkommen minimal ist, wurde diese Bonzensteuer gegen die Stimmen unserer Gruppe auch noch gesenkt. Eckhard Fascher zeigte dafür völliges Unverständnis, da sie keinen der vermögenden Jagdpächter vom Jagen abhält, dafür sich aber der Kreis rund 30.000 Euro entgehen lässt.

▶ SPD und Grüne auf dem Weg nach rechts

Von Eckhard Fascher

Als LINKER Kreistagsabgeordneter ist man in den vergangenen zehn Jahren so einiges von SPD und Grünen und der von ihnen getragenen Verwaltungsspitze gewöhnt, wobei immer noch eine Steigerung möglich ist: Am 8. Dezember erlebte der Göttinger Kreistag seinen bisher schwärzesten Tag: Zusammen mit CDU und AfD lehnten SPD und Grüne eine von unserer Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI eingebrachte antifaschistische Resolution ab und stimmten für einen allgemein sich gegen „extremistische“ Gewalt richtenden Gegenentwurf. (vgl. Kreistagsinfo)

Warum aber war keine Einigung möglich?

Bei der LINKEN Kreismitgliederversammlung am 27. Oktober war an die Kreistagsfraktion die Aufforderung ergangen, keinesfalls die AfD als normale Partei zu behandeln und sich dafür einzusetzen, dass dies auch die übrigen Fraktionen so halten. So wurde in der persönlichen Ansprache zu den einzelnen Fraktionsvorsitzenden der Mehrheitsgruppe und zuletzt auch der FDP eine Fraktionsvorsitzenden-Runde zum Umgang mit der AfD vorgeschlagen. Passiert ist dabei (bisher) nichts. Dafür ist entgegen der eher positiven Erwartung des Verfassers genau das Befürchtete eingetreten, nämlich dass von diesen Parteien die AfD als normale Partei behandelt wird.

Wiederholt wurden DIE LINKE und ihre Gruppenpartner aufgefordert der „interfraktionellen“ Resolution trotz ihrer Bedenken zuzustimmen, damit der Kreistag Einigkeit demonstriere, die dahinter stehenden Probleme wurden offensichtlich ignoriert. Parteien wie die AfD bewerten Menschen aufgrund ihrer Herkunft und hetzen gegen diese und politisch Andersdenkende. Die Nazis von NPD und „Freundeskreis“ gehen noch weiter und sind zur Gewaltausübung bereit. Diese Gewalt ist Bestandteil ihres Weltbildes und ihrer „Politik“.

Es ist letztendlich denjenigen zu verdanken, die sich immer wieder den Nazis entgegen gestellt haben, dass man sich in Göttingen und Umgebung noch weitgehend sicher als Linker politisch betätigen kann.

Im alten Göttinger Kreistag wurde diese Sicht auch weitgehend geteilt und mehrere Resolutionen gegen Rechts gemeinsam eingebracht und einstimmig verabschiedet. Obwohl sich trotz der Kreisfusion nur wenig im Führungspersonal der Fraktionen verändert hat, scheint dies aber jetzt ausgerechnet nach der Bedrohung eines Kreistagsabgeordneten unserer Gruppe und seiner Familie nicht mehr zu gelten. Der Widerstand gegen unseren Resolutionsentwurf war insofern so von uns nicht erwartet worden.

Wie wird es weiter gehen?

Dies lässt nichts Gutes für die Zukunft erwarten. Zwar sind unsere grundlegenden Positionen, sei es zur Umsetzung von Hartz IV, zu Arbeitnehmerrechten oder zur Einrichtung einer neuen IGS im Westkreis im Wesentlichen schon länger konträr zu SPD/CDU und Grünen gewesen, aber gemeinsame interfraktionelle Resolutionen zu unterschiedlichen Themen waren immer möglich gewesen. In einzelnen wichtigen Fragen, wie zum Beispiel dem Klimaschutz, wurde ein gemeinsames Programm verabschiedet. Es ist zumindest zweifelhaft, ob dies so in Zukunft noch funktionieren wird. Rot-Rot-Grün erscheint so als schlechter Witz.

Wie gut, dass zumindest in unserer Kreistagsgruppe in allen wesentlichen Zielen Einigkeit herrscht und wir gut und vertrauensvoll zusammen arbeiten können.

Fallbeispiel: Die Grünen und die antifaschistische Erinnerungskultur

Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus hat für uns einen hohen Stellenwert.

Deshalb werden wir die Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939–1945“ weiter unterstützen. Wir werden die qualifizierte personelle Betreuung der Ausstellung sicherstellen und ihre inhaltliche Weiterentwicklung für das Gebiet des ehemaligen Landkreises Osterode ermöglichen. Die Machbarkeit eines Gedenkweges „Helmetalbahn“ werden wir prüfen.

Auch wenn es einen ähnlichen Punkt im LINKEN/ GöLinken-Wahlprogramm

gibt, so steht dieser Absatz so im grünen Kreiswahlprogramm. Der nach den letzten fünf Jahren in seiner Eindeutigkeit so von den LINKEN im Kreistag nicht erwartet wurde. Da die SPD in weiten Bevölkerungskreisen immer noch als antifaschistisch gilt, sollte man meinen, dass in einer Gruppenvereinbarung beider Parteien mit den Freien Wählern, die Zwangsarbeiterausstellung in der BBS 2 Unterstützung genießt, zumal diese den einzigen Ort antifaschistischer Erinnerungskultur in Göttingen und Umgebung darstellt.

Von einer Unterstützung der Zwangsarbeiterausstellung war allerdings in der Gruppenvereinbarung nichts zu bemerken und dies lag nicht etwa an den Freien Wählern: Landrat Reuter, SPD und Grüne lehnen nämlich eine weitere finanzielle Förderung der Ausstellung ab. Diese ist damit in ihrer Existenz gefährdet, da auch die Beantragung von Projektmitteln aufgrund fehlender eigener Mittel kaum möglich erscheint.

Die LINKEN Kreistagsfraktion und ihre Gruppenpartner werden sich aber für eine institutionelle Förderung der Ausstellung einsetzen. Die für den Erhalt dieser auch bundesweit einmaligen Ausstellung notwendigen 25.000 Euro sind bei gestiegenen Einnahmen als Brotkrumen zu betrachten und sind auch bei einem Zukunftsvertrag problemlos als freiwillige Leistung finanzierbar.

Die fehlende Unterstützung der Ausstellung durch die (Fast)Mehrheitsgruppe war einer der Hauptgründe für den Übertritt von Hans-Georg Schwedhelm von der grünen Kreistagsfraktion in die Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI. Hans-Georg engagiert sich selbst in der Geschichtswerkstatt Duderstadt, die neben der Geschichtswerkstatt Göttingen eine der beiden Trägerinnen der Zwangsarbeiterausstellung ist.

Veranstaltung Büro Sabine Lösing, MdEP

Die EU in Zeiten des Rechtspopulismus – Linke Antworten auf rechte Fragen

Ort: Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72-73, GÖ, Zeit: Fr., 20.01.2017, 19:00 Uhr

In Europa sind Rechtspopulisten bis hin zu deutlicher rechtsgerichteten Gruppen auf dem Vormarsch und bestehende Institutionen der EU und der Euro werden aus unterschiedlichen politischen Richtungen in Frage gestellt. Was sind die Ursachen für diese Entwicklungen? Wie sind sie zu stoppen bzw. welche Alternativen hat die Linke? Diese und weitere Fragen sollen mit dem ReferentInnen Prof. Dr. Wolfgang Krumbein und Sabine Lösing diskutiert werden.

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

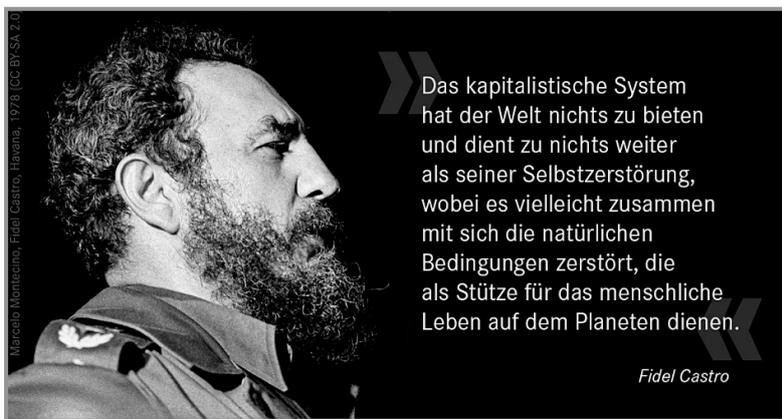
► Zum Tod von Fidel Castro

Erklärung von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE:

Eine bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung ist möglich! Das war die feste Überzeugung von Fidel Castro. Viele junge Menschen sind in den 1960er Jahren vom Enthusiasmus der kubanischen Revolution inspiriert worden, gerade in ihrer Auseinandersetzung mit dem übermächtigen US-Imperium.

Die kubanische Revolution befreite Kuba von einer blutigen Diktatur unter Fulgencio Batista, die über 30.000 Menschen getötet hatte. Kuba war zuvor ein Ort, an dem die US-Mafia ein- und ausging. Großgrundbesitz, oft in Händen von US-Amerikanern, beutete die Landarbeiter maßlos aus. Schwarze waren einem System des Rassismus unterworfen. Nie bekam die Landbevölkerung einen Arzt zu sehen und die Rate der Analphabeten überstieg die 70 Prozent.

Es gehört zur großen Leistung von Fidel und der kubanischen Revolution, Bildung und Gesundheit kostenlos für die gesamte Bevölkerung bereitzustellen. Trotz aller Krisen, insbesondere nach dem Zusammenbruch des realen



Neoliberalismus die Bereiche Bildung und Gesundheit privatisiert und große Teile der Bevölkerung dieser Länder ausgeschlossen wurden.

Fidel hatte die Vision eines Kuba, das ökonomisch unabhängig und sich rasch nach eigenen Maßstäben und Bedürfnissen entwickeln kann. Viele dieser Pläne konnten nicht eingelöst werden.

Dennoch bleibt es richtig: Emanzipation und Befreiung der Menschen hat die unabdingbare Voraussetzung, sich von der Kontrolle durch imperialistische Großmächte zu befreien. Selbst Fidels Gegner mussten seine standhafte Haltung gegenüber der mächtigen USA

anerkennen. Auch wenn Kuba viel Spielraum durch seine enge Anlehnung an die Sowjetunion verlor.

Danielle Mitterand, Frau des früheren französischen Präsidenten sagte über ihn: „Aus diesem Mann macht man einen Teufel. Dabei ist er durch und durch ein Demokrat, der sein Volk liebt und sein Volk liebt ihn (zitiert in: Neues Deutschland 6.5.1996) Gemeinsam mit den Menschen in Kuba,

Sozialismus, konnte Kuba das kostenlose Bildungs- und Gesundheitssystem aufrechterhalten und verbessern – und dies zu einem Zeitpunkt, als in ganz Lateinamerika unter dem Druck des

Lateinamerika und überall dort, wo die kubanische Befreiungsbewegung einen emotionalen Wert besitzt, gedenken wir nicht unkritisch der großen Leistung dieses Revolutionärs.

► Kreismitgliederversammlung wählte Delegierte

Wichtigster Tagesordnungspunkt der Kreismitgliederversammlung am 24. November war die Wahl der Delegierten für den sechsten Landesparteitag 2017/18 und die Aufstellungsversammlungen für die niedersächsischen Landeslisten unserer Partei für die Bundestagswahl im September 2017 und die Landtagswahl im Januar 2018.

Die jeweiligen Aufstellungsversammlungen finden für die Bundestagswahl am 28. Januar in Wolfsburg und für die Landtagswahl voraussichtlich am 21. Mai in Hildesheim statt. Der Landesparteitag trifft sich erstmals am 4. und 5. März in

Braunschweig und dann am 20. Mai in Hildesheim. Dabei wird unter anderem ein neuer Landesvorstand gewählt. Der Unterschied beim Wahlrecht ist, dass beim Landesparteitag alle Genossinnen und Genossen wahlberechtigt sind, bei den Aufstellungsversammlungen nur die bei Landtags- und Bundestagswahlen Wahlberechtigten, d.h. nicht Menschen ohne deutschen Pass.

Der Kreisverband verfügt über zehn Delegierte:

Als Delegierte für den Landesparteitag und die Aufstellungsversammlungen wurden auf der Frauenliste folgende Genossinnen gewählt:

- Birgit Herbst
- Julia Niekamp
- Stine Rummel-Strebelow
- Britta Schmerling
- Sabine Lösing (nur Aufstellungsversammlungen)
- Teresa Cruz Avellenada (nur Landesparteitag)

Folgende Genossen wurden gewählt:

- Jo Bons
- Eckhard Fascher
- Konrad Kelm
- Gerd Nier
- Oliver Preuss

Während bei den Frauen lediglich fünf Kandidatinnen für die fünf Plätze zur Verfügung standen, hatte es bei den Männern weitere Kandidaten gegeben, so dass noch Edgar Schu und Peter Strathmann als Ersatzdelegierte gewählt werden konnten. *ef*

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

www.linkes-portal-goe.net

► Solidarität mit Meinhart Ramaswamy

Rat verabschiedet mit großer Mehrheit (SPD / Bündnis 90 - Die Grünen / Piraten-Partei-Gruppe / FDP/ GöLinke/ Torsten Wucherpfennig) gemeinsame Resolution gegen Drohungen und gewalttätigen Übergriffe von Neonazis am 12. November

Lediglich die CDU verweigerte sich mit fadenscheinigen Gründen und stimmte dagegen

Erläuterungen der Ratsfraktion zur Resolution:

Um eine gemeinsame Verabschiedung einer Resolution im Rat zu ermöglichen und zumindest eine Solidaritätserklärung für Meinhart Ramaswamy durchzubringen, haben wir darauf verzichtet, die beiden letzten Passagen unserer Ursprungsresolution zur Abstimmung zu stellen. Dies war Bedingung der SPD, der Grünen und der FDP für eine Zustimmung. Wir sind auch der Anregung nachgekommen einen Satz aus unserer Begründung dem Antragstext hinzuzufügen.

Nach der unwürdigen Diskussion in der Kreistagssitzung vom 08.12. mit dem Ergebnis einer Wischiwaschi-Erklärung von SPD/CDU/Grünen/FDP/FWG und AfD hielten wir es für erforderlich, dem eine politisch einigermaßen tragbare Erklärung im Rat entgegenzustellen.

Hier die verabschiedete Resolution im Wortlaut:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen verurteilt jede Form von Drohungen gegenüber kommunalen Mandatsträgern und Gewaltanwendung gegen Andersdenkende.

Im konkreten Fall verurteilen wir die verbalen Angriffe und Drohungen auf den Kreistagsabgeordneten, unseren früheren Ratskollegen, Meinhart Ramaswamy und seine Familie.

Wir erwarten, dass Straftaten, die in diesem Zusammenhang erfolgt sind, konsequent verfolgt werden.

Aus der Begründung in den Antrag übernommen:

Politiker*innen, insbesondere auch ehrenamtlich tätige in den Kommunalparlamenten müssen ihr Mandat frei von jeglicher Bedrohung wahrnehmen können. Dies ist eine elementare Voraussetzung unserer demokratischen Werteordnung. Auf die nachfolgende Passage haben wir

im Interesse einer gemeinsamen Resolution verzichtet:

Wir fordern die Polizei auf, zuverlässig dafür zu sorgen, dass sich ein solcher Fall weder vor dem Haus der Familie Ramaswamy, noch anderswo in Göttingen wiederholen kann.

Den Oberbürgermeister fordern wir auf, aufgrund der aktuellen Vorfälle und der sich immer deutlicher zeigenden akuten Gefahrenlage, Demonstrationen des Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen und ähnliche Aufmärsche nicht mehr zu erlauben.

Wohl wissend, dass dieses eindeutige Signal der Stadt von den Anmeldern über den Rechtsweg angefochten werden kann und wird.

Dennoch merken wir hier nach der Aussage der fast Allparteienkoalition inklusive der AfD im Kreistag, dass die „Polizeibehörden (...) die uneingeschränkte Unterstützung und das Vertrauen des Kreistages (haben)“ an:

Wir haben im Zusammenhang mit den thematisierten Vorfällen weiterhin Fragen an die Polizei. Und wir haben auch Kritik an Einsätzen der Polizeiführung, wie z.B. im Mai d.J. am Bahnhofsvorplatz und im Juli auf dem Albaniplatz. Und wir meinen sogar, dass ein ehrlicher Umgang mit den Polizeieinsätzen und dem Verhalten einzelner Beamten und der damit verbundenen Forderung nach Klärung, einen Beitrag zu einer von allen Seiten proklamierten Deeskalation darstellen könnte.

Das hat nichts, aber auch gar nichts mit einer pauschalen Polizeischelte zu tun und erst recht nichts mit einer einseitigen Rechtfertigung von Gewalt. Wir halten Hassdarstellungen wie z.B. das Graffiti an der Stadthalle und Sachbeschädigungen für kontraproduktiv und falsch, weil sie dem Anliegen, möglichst viele Bürger*innen für den Protest gegen

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietermar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüller,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

werden noch im Einzelnen festgelegt

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schuh

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 25. Januar, 19 Uhr

Neues Rathaus, Raum 1118

Thema: Antimilitarismus in Göttingen
/ GöBit (SDAJ)

rechte Aufmärsche zu gewinnen eher abträglich sind.

Wir wenden uns aber dagegen, menschenverachtende rechte Gewalt, wie die Übergriffe gegen Flüchtlinge, das Anzünden von Flüchtlingsunterkünften und die massive Bedrohung von Bürgermeister*innen und Kommunalpolitikern undifferenziert in einen Topf zu werfen. Rechts und links in einem Atemzug zu nennen ist eine unreflektierte und ungerechtfertigte pauschale Gleichsetzung. Wirkliche Linke setzen sich für eine bessere, friedlichere und gerechte Welt ein. Rechtsextreme, faschistische Ideologien basieren auf Menschenverachtung, Ausgrenzung und einem völkischen Denken, für das viele Völker der Welt und unsere eigene Bevölkerung in der Vergangenheit einen grausamen Preis zahlen mussten.

Die im Rat vorgetragene Begründung zur Resolution ist den Anlagen zur Ratssitzung zu entnehmen.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

www.linkes-portal-goe.net

► Wohnungsbau jetzt!

Stellungnahme der GöLinken zum Antrag der Grünen „Wohnungsbau jetzt! Aber wirklich“

Ratssitzung 16.12.16 – TOP 9

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wir werden dem Antrag der Grünen zustimmen, auch wenn wir ihn selbst mit der Überschrift versehen hätten : Sozialen Wohnungsbau jetzt! Und zwar sofort.

Teuere Wohnungen, oder wie es so schön heißt Wohnungen im Hochpreissegment haben wir in Göttingen im ausreichendem Maße. Was wir wirklich benötigen ist – wie ja hier im Rat auch alle betonen – ist bezahlbarer Wohnraum für die vielen Menschen mit geringem, ja zwischenzeitlich sogar mit mittlerem Einkommen.

Wenn uns selbst die Wohnungsbau-genossenschaft im letzten Bauausschuss erklärt, sie kann keinen neuen Wohnraum unter einem Mietzins von 10 bis 11 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter erstellen, dann kommt man schnell zu der Erkenntnis, dass eine Erzieherin, ein Verwaltung-sangestellter im mittleren Dienst fast die Hälfte des Einkommens für Wohnen mit all seinen Nebenkosten für eine ca. 60 qm große Wohnung aufbringen muss. Wenn wir registrieren müssen, dass wir in den letzten 15 Jahren die Hälfte der Wohnungen mit Sozialbindung verloren haben und in den nächsten drei bis vier Jahren die noch knapp vorhandenen 2500 sozialpflichtigen Wohnungen in Richtung 1000 gehen werden, dann wird die ganze Dramatik des fehlenden bezahlbaren Wohnraums real erkennbar. Die aktuellen rasanten Mietpreissteigerungen in Göttingen kann man gut der Studie von Miessner entnehmen. Da sind die ersten zarten Ansätze, im Rahmen städtebaulicher Verträge mit privaten Investoren zumindest eine kleine Quote von bezahlbaren Wohnraum einzuplanen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Und wenn uns dann diese Investoren auch noch darüber informieren, ebenfalls im letzten Bauausschuss geschehen, dass ihnen bis heute keine Quelle bekannt ist, wo sie Fördermittel für Sozialen Wohnungsbau erhalten könnten, dann ist das für uns ein Skandal. Wir alle, die

wir hier sitzen wissen, dass Göttingen, wie fast alle anderen Städte auch, nicht über die Finanzmittel verfügt, um z.B. ihre städtische Wohnungsbaugesellschaft so auszustatten, dass sie zielgerichtet und im erkennbaren Maße Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau errichten kann. Hinzu kommt, wie im Antrag der Grünen beschrieben, dass die notwendigen bebaubaren Flächen rar gesät sind und häufig wie das IWF-Gelände, das Huhtamati Areal und die beachtliche Fläche von Sartorius an private Investoren veräußert werden. Die haben erst einmal – aus ihrer Sicht sogar verständlich - die erzielbare Rendite einer Bebauung im Auge. Göttingen braucht in den nächsten Jahren nach dem GEWOS-Gutachten rund 5000 neue Wohnungen. Göttingen braucht aber auch nach den vielen Lippenbekenntnissen aus Berlin und Hannover endlich konkrete Finanzspritzen in Form von Fördermitteln für den Sozialen Wohnungsbau. Und da helfen nicht ein paar Millionen, vergeben nach dem Gießkannenprinzip. Da muss endlich ein milliardenschweres Investitions- und Förderprogramm vom Bund her, wenn man die soziale und gesellschaftliche Verantwortung wirklich dort ernst nimmt und die Kommunen mit ihren Bürger*innen nicht im Regen stehen lässt.

Lassen sie uns deshalb neben den Anstrengungen vor Ort, wie es der Antrag der Grünen versucht, in einer konzentrierten Aktion z.B. über die kommunalen Spitzenverbände, aber auch über die jeweiligen Parteien gemeinsam aktiv werden, dass endlich die immer wieder versprochenen Fördermittel für den über Jahrzehnte vernachlässigten Sozialen Wohnungsbau in erkennbarem Maße insbesondere aus Berlin an die Kommunen fließen. Und da darf dann auch die sogenannte Schwarze Null nicht weiter wie eine Monstranz vor sich hertragen. Ohne zu dramatisieren, es geht mittlerweile um das Grundrecht auf Wohnen und darum, dass dieses Grundrecht nicht zum Luxusgut verkommt.

► So kommen wir zu keinem erkennbar höheren Anteil von Wohnungen mit Sozialbindung!

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken steht den Planungen auf dem ehemaligen Sartorius-Gelände äußerst kritisch gegenüber.

Schade, wieder eine Möglichkeit vertan, gezielt unter städtischer Planung und im städtischen Besitz den Bau von Wohnungen mit sozialer Bindung in Göttingen umzusetzen. Es mag ja sein, dass sich Sartorius der besonderen geschichtlichen Verantwortung des von ihr veräußerten Geländes bewusst ist. Besser noch wäre es gewesen, wenn auch die soziale Verantwortung von Stadt und Firma zum Tragen gekommen wäre und die Stadt die Möglichkeit zum Erwerb des Geländes bekommen bzw. wahrgenommen hätte. Die Frage des Kaufpreises dürfte dabei für die Stadt in Zeiten von Niedrigzinsen und unter Hintanstellung des Fetischs der Schwarzen Null kein unüberwindliches Hindernis gewesen sein. Die Tatsache über Jahrzehnte von der Infrastruktur der Stadt und dem Fleiß ihrer hier wohnenden Mitarbeiter*innen profitiert zu haben, dürfte für Sartorius sicherlich auch ein hinreichendes Motiv sein, dies bei Verkaufsverhandlungen ein Stück weit zu berücksichtigen.

Aber nun steht schon wieder ein privater Investor in den Startlöchern, um ein Hotel zu bauen und Gastronomie anzusiedeln. Und vielleicht können wir als Rat noch wie für das Huhtamaki-Gelände darum feilschen, ein Teil der Wohnbebauung für Wohnungen mit einer maximal zehnjährigen Sozialbindung herauszuschlagen. Auf diesem Wege kommen wir dem wichtigen Ziel, in dieser Stadt wieder mehr bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit kleinem Einkommen zu erhalten, bestimmt kein wesentliches Stück näher.



► Nicht nur Reichtum besteuern, sondern auch alle anderen von Steuern entlasten!

Die Wähler*innenvereinigung Göttinger Linke besteht neben Initiativen wie der Groner Antifaschistischen Liste (GRAL) und vielen parteilosen Linken aus den Ortsverbänden der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der LINKEN. Allen diesen Kräften ist die Forderung gemeinsam, dass Reichtum in Deutschland wieder deutlich höher besteuert werden soll.

Seit dem Jahr 2014 hat sich unser Kreisverband der LINKEN innerhalb seiner Bundespartei gemeinsam mit zunehmend mehr weiteren Gliederungen intensiv dafür eingesetzt, dass auch die Forderung nach Entlastung der unteren und mittleren Einkommen der Öffentlichkeit viel deutlicher werden sollte. Stellvertretend hierfür steht die Forderung nach der Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns. Der Göttinger Kreisverband brachte diese Forderung erfolgreich in den Bundesparteitag 2015 ein. Die massive Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer!

Es ist ein großer Erfolg der Göttinger Bemühungen, dass der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Michael Schlecht, am 11. Dezember dieses Jahres Überlegungen ähnlich denen, wie sie im Göttinger Kreisverband kursierten, in einem Kommentar darlegte. Derzeit entwickelt der Bundesparteivorstand der LINKEN ein neues Steuerkonzept, zu welchem die Ausführungen von Michael Schlecht einen wichtigen Ausblick geben.

Wir dokumentieren diesen Kommentar von Michael Schlecht:



Michael Schlecht

„Steuersenkungspartei: DIE LINKE

DIE LINKE ist Steuersenkungspartei, weil wir geringe und mittlere Einkommen steuerlich entlasten wollen, also die große Mehrheit der Bevölkerung. Wir sind auch Steuererhöhungspartei für Erben

großer Unternehmen, Superreiche und Spitzenverdiener.

Die LINKE will, dass Menschen mit niedrigen Einkommen weniger Steuern zahlen. Beschäftigte mit weniger als 1050 Euro im Monat [also ca. 1400 Euro brutto] sollen überhaupt keine Steuern mehr auf ihr Einkommen bezahlen. Bezieher mit mittleren Einkommen zwischen 2500 und 4000 Euro im Monat sollen um mindestens 100 Euro im Monat steuerlich entlastet werden.

Bis zu einem zu versteuernden Monatseinkommen von 6000 bis 7000 Euro soll es Steuersenkungen geben. Alle die mehr verdienen, werden zunächst zaghaft, ab 10.000 Euro deutlicher stärker belastet. Klar ist, der Manager mit dem 300fachen Einkommen eines Facharbeiters soll viel mehr Steuern zahlen!

Vereinfacht gilt: Wer weniger als 6000 bis 7000 Euro im Monat Einkommen zu versteuern hat, wird entlastet. Wer mehr hat, wird belastet.

Die Ent- und Belastungen sollen sich die Waage halten, sodass den öffentlichen Kassen durch die Reform der Einkommensteuer kein Geld verloren geht. Das erreichen wir auch, in dem wir endlich wieder Kapitaleinkommen, also Zinsen und Dividenden, dem individuellen Einkommensteuersatz unterwerfen. Die jetzt geltende Bevorzugung von Kapitaleinkommen die feste Besteuerung von 25 Prozent wollen wir abschaffen. Einkommen aus Kapital und Arbeit sollen wieder gleich besteuert werden.

DIE LINKE will, dass viel mehr für Bildung und Pflege und weitere soziale Dienstleistungen ausgegeben wird. Auch soll mehr in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, den Straßenbau und die ökologische Wende investiert werden. Ein 100-Milliarden-Zukunftsinvestitionsprogramm wollen wir.

Dafür brauchen wir deutlich höhere Steuereinnahmen – von den Reichen. Deshalb müssen wir insbesondere die Vermögensteuer als Millionärsteuer

wieder einführen. Allein dadurch können mindestens 80 Milliarden eingenommen werden. Neuste Zahlen über die Vermögen der Superreichen lassen sogar höhere Summen realistisch erscheinen. Wer eine gerechte Gesellschaft will, muss sich mit den wirklich Reichen anlegen.

Zusätzlich brauchen wir die schärfere Besteuerung von Finanzspekulationen, die konsequente Bekämpfung von Steuertricks und Steuerbetrug sowie eine höhere Besteuerung von Unternehmen, Superreichen und Großen. Alles zusammen würde mindestens 180 Milliarden Euro mehr Einnahmen bringen.“

Edgar Schu

(...) Fortsetzung von Seite 3 (FG Cuba)

Die Sonne kam später doch noch heraus und blieb, aber die Stadt bewegte sich wie in Zeitlupe. Dieselben Gesichter, die über die Blockade gespottet hatten, die tagtäglichen Notwendigkeiten und das Leben selbst, waren wie gelähmt, seit um Mitternacht Raúl es Kuba und der Welt verkündet hatte.

Ich sage nicht, dass es in Kuba keine Menschen gibt, die den Verlust nicht beklagen. Ebenso wie in Miami Leute auf die Straße gingen, um den Tod eines Mannes zu feiern, den sie hunderte Male ermorden wollten und der 11 US-Regierungen überlebte, um schließlich mit 90 Jahren vereint mit seiner Familie und seinem Volk zu sterben. Aber diese Freude wird immer ein Grinsen sein und nie ein Lächeln.

Der Tod Fidels ist die größte nationale Erschütterung meiner Generation, derjenigen, die nicht in den Schützengräben lag, weder bei der Invasion von Playa Girón, noch während der Raketenkrise, derjenigen, die nicht weinen konnte, als Fidel den Abschiedsbrief des Che vorlas oder als er den beim Terrorakt von Barbados Getöteten seinen Tribut zollte.

Aber ich habe die Vorahnung, dass das Lächeln nach Kuba zurückkehren wird. Nicht heute oder morgen, doch der Tag wird kommen. Und es ist nicht so, dass die Abwesenheit des Comandante en Jefe aufhören wird, uns zu erfüllen, sondern dass ein neuer Fidel in jedem von uns Gestalt annehmen und uns begleiten wird. Das ist die beste Art, an ihn zu denken. In diesem Moment wird sich die Prophezeiung erfüllen, die seine Widersacher immer so gefürchtet haben: Der Guerillero der Sierra wird unsterblich sein.

Sergio Alejandro Gómez
(Leicht gekürzt aus granma)